



<https://biz.li/3a3o>

# AFD WILL ALLEN FREIWILLIGENDIENSTLEISTENDEN DEN ERWERB DER GVH-SPARCARD ERMÖGLICHEN

Veröffentlicht am 27.01.2018 um 13:46 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Als AfD begrüßen wir, dass unser Antrag, allen Freiwilligendienstleistenden den Erwerb der GVH-SparCard zu ermöglichen, so viel Zustimmung im Verkehrsausschuss gefunden hat", so das Fazit des AfD-Abgeordneten Detlev Ulrich Aders zur Sitzung im Haus der Region in der vergangenen Woche. Aders hatte sich dafür stark gemacht, Bundesfreiwilligendienstleistenden ebenfalls den Erwerb der vergünstigten Monatskarte für den öffentlichen Personennahverkehr zu ermöglichen. Bisher stand dies unter anderem Absolventen eines freiwilligen sozialen Jahres (FSJ) zu. "Das war für uns so nicht hinnehmbar. Die jungen Menschen leisten gleichermaßen einen wichtigen bürgerschaftlichen Dienst für unser Land, also müssen sie auch die gleichen Zuwendungen erhalten, egal ob sie nun vom Bund oder vom Land beschäftigt werden", so Aders. Diskussionsbedarf gab es lediglich bei der Eingrenzung der Anspruchsberechtigten im Bereich der FSJler, so forderte das Koalitionsbündnis aus CDU und SPD, Teilnehmer eines "Freiwilligen ökologischen Jahres" gesondert unter den Anspruchsberechtigten zu erwähnen. Dazu Detlev Ulrich Aders: "Das geht uns nicht weit genug. Wir wollen klargestellt haben, dass alle Jugendfreiwilligendienstleistenden, unabhängig ob sie nun ein freiwilliges ökologisches oder freiwilliges digitales Jahr machen, verbindlich eingeschlossen sind, dafür setzen wir uns jetzt im Entscheidungsgremium ein." Das Verhalten der Fraktion "Die Grünen", die "lautstark gegen die schwarz-rote Koalition wettete", so Aders, da sie mit ihrer Zustimmung "den Rechtspopulisten eine Bühne verschafft haben", nimmt Detlev Ulrich Aders gelassen auf: "Die Grünen haben sich in einer öffentlichen Sitzung dazu bekannt, unseren Antrag aus ideologischen und nicht aus inhaltlichen Gründen ablehnen zu wollen. Damit haben sie viel über ihr mangelndes demokratisches Verständnis entlarvt. Hier muss am Ende der Wähler selbst entscheiden, ob er das so akzeptieren kann und will."